

## IN DIESER AUSGABE

### Kurzmeldungen

Seite 1

---

### Abschlussbericht des Sustainable-Finance-Beirats

Seite 7

---

### Finance for Future

Seite 8

---

### Klimaschutz: Wenn Ideologie die Umwelt zerstört

Seite 9

---

### ESG-Ecke: Grüner Wasserstoff – Was steckt dahinter?

Seite 11

---



## KURZMELDUNGEN

### Nachhaltigkeit wird Gesellschaft und Investmentwelt prägen

Analyst Robert Wilson und Anlagespezialist Robert Almeida vom Vermögensverwalter MFS Investment Management sehen Nachhaltigkeit als eine große Herausforderung: „Nachhaltigkeit gibt es nicht umsonst. Wenn ein Unternehmen nachhaltiger werden soll, kann das eine große Herausforderung sein“. Es gebe zwar viele Gründe, in nachhaltige Unternehmen zu investieren. Allerdings stelle Nachhaltigkeit nicht für alle Unternehmen eine Chance, sondern für einige stattdessen ein großes Risiko dar. In diesem Zusammenhang verweisen sie z. B. auf den Einzelhandel, der in den USA kaum überlebensfähig sei, wenn der Mindestlohn von derzeit 7,25 US-Dollar auf 16 US-Dollar angehoben werde. Auch Erzeuger und Ankäufer fossiler Brennstoffe werden es künftig schwer haben. „Der Nachhaltigkeitstrend hat eine enorme Kraft, ähnlich der industriellen Revolution und dem Internet, und wird Gesellschaft und Investmentwelt auf Jahrzehnte prägen“, erklärten die beiden Vermögensverwalter. Nicht zuletzt

aufgrund der riesigen Geldmengen, die in nachhaltige Investments geleitet werden, dürfte es sich in der Tat hier nicht um einen nur kurzfristigen Modetrend handeln.

## **EU behindert Nachhaltigkeit**

Im Oktober letzten Jahres hat die EU-Kommission eine erneute Agrarreform beschlossen. In den nächsten sieben Jahren sollen demnach ca. 387 Millionen Euro an Subventionen fließen. Allerdings sind nur 20% der Subventionen an Umweltauflagen gekoppelt. Insofern werden vor allem kleinere, regionale Agrarbetriebe, die Wert auf Nachhaltigkeit und Ökologie legen, benachteiligt. Dagegen profitieren die großen Betriebe, da die Größe der bewirtschafteten Fläche ein wesentliches Vergabekriterium bei den Subventionen ist. Während der sog. European Green Deal in aller Munde ist und die EU-Kommission fast eine Billion Euro in nachhaltige Investments lenken will, stehen die eigenen Detail-Entscheidungen der Nachhaltigkeit (einmal mehr) im Wege. Die Prioritäten vor allem der EU-Kommissions-Präsidentin scheinen ohnehin woanders zu liegen, wenn man bspw. an die Diskussion um die Sitzordnung bei Staatsbesuchen denkt.

## **Nordea AM verschärft Klimastandards**

Die Nordea AM hat für 140 Fonds die Anforderungen an Unternehmen im Bereich fossiler Brennstoffe heraufgesetzt. Energieunternehmen müssten einen klaren Plan haben, wie sie das Pariser Klimaabkommen einhalten wollen, und sie müssten sichtbar mit der Umsetzung begonnen haben. „Kein Öl- und Gasproduzent und natürlich auch kein Kohleförderer erfüllt derzeit diese Anforderungen. Einige Stromunternehmen hingegen schon“, sagte Eric Pedersen, Leiter für verantwortungsvolle Investments bei Nordea AM. Die Verschärfung der Standards sei für den Fondsanbieter „der nächste Schritt in seiner Anlagestrategie zur Begrenzung der globalen Erderwärmung, zu der sich das Unternehmen als Gründungsmitglied der internationalen Net Zero Asset Managers Initiative verpflichtet“ habe.

## **Wenig Artikel-9-Fonds in Österreich**

Die verpflichtende EU-Offenlegungsverordnung erfordert von Fondsgesellschaften und Versicherungen mehr Transparenz bei der Nachhaltigkeit. Die entsprechenden Regelungen sind Mitte März in Kraft getreten. Danach müssen Anbieter ihre nachhaltigen Produkte in zwei Kategorien einordnen: Unter Artikel 8 der Verordnung fällt jedes Finanzprodukt, das einen

Nachhaltigkeitsaspekt hervorhebt („hellgrüne“ Produkte). Unter Artikel 9 fallen Produkte, deren Investment einen beabsichtigten Einfluss / Impact auf Umwelt oder Soziales haben („dunkelgrüne“ Produkte). Die EU-Vorgaben sollen einen wichtigen Schritt gegen das sog. Greenwashing sein. Derzeit hat eine „falsche“ Einstufung allerdings noch keine Konsequenzen. In Österreich sei jedoch ein Gesetzesentwurf in Arbeit, nach dem die FMA als zuständiges Kontrollorgan bestimmt werden soll. Eine Umfrage unter einigen ausgewählten Anbietern in Österreich durch Martin Kwauka, Organisator des Finanzjournalistenforums, kam gerade einmal auf 27 Artikel-9-Fonds; insgesamt wurden in der Umfrage knapp 500 Fonds berücksichtigt.

## **Vergleich nachhaltiger Policen**

Worauf sollten Versicherungsvermittler beim Vergleich nachhaltiger Policen achten? Dieser Frage ging Daniel Regensburger, Geschäftsführer der Pangea Life, einer Marke der Bayerischen, in einem Interview mit finanzwelt extra nach: „Wichtig ist immer das Thema der Transparenz. Behauptet der Anbieter nur nachhaltig zu sein oder kann er das durch Offenlegung seiner Kapitalanlagen und deren Wirkung auch nachweisen? ... Im Idealfall kann der Anbieter in konkreten Zahlen nachweisen, welchen nachhaltigen Impact er in der Kapitalanlage erzielt. Auch ein Blick auf die genauen Ausschlusskriterien des Anbieters macht Sinn. Dadurch erhält der Vermittler Sicherheit, dass Kunden definitiv keine Branchen unterstützen, die ihren Wertvorstellungen nicht gerecht werden.“ Es wird also deutlich, dass Nachhaltigkeit individuell unterschiedlich bewertet werden kann. Daraus resultiert letztlich auch die überragende Bedeutung der Transparenz. Auf Dauer werden nur die Versicherer wettbewerbsfähig bleiben können, die ihren Kunden klar und verständlich machen, mit Hilfe welcher Ansätze sie das Thema Nachhaltigkeit vorantreiben wollen. Nur dadurch werden die Kunden in die Lage versetzt, zu entscheiden, welches Angebot ihren persönlichen Nachhaltigkeitspräferenzen am ehesten gerecht wird.

## **Grüne fordern Beitragserhöhung für Klimafonds**

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen hat kürzlich im Bundestag die Forderung aufgestellt, dass die Bundesregierung ihre Beiträge für den Klimafonds der Vereinten Nationen signifikant erhöhen und die internationale Klimafinanzierung bis spätestens 2025 netto mit jährlich 8 Mrd. Euro unterstützen soll. Zudem solle sich die Regierung für die Schaffung eines Verursacherfonds einsetzen, mit dem Ziel einer fairen Lastenverteilung zum Ausgleich von Schäden und Verlusten in den Ländern des Globalen Südens. Neben einzelnen Staaten sollen zukünftig

auch Unternehmen der fossilen Energiewirtschaft in den Fonds einzahlen. Die Aussagen zur Finanzierung bleiben jedoch recht vage. Neben den klassischen Haushaltsmitteln sollten auch innovative Finanzierungsinstrumente geprüft werden. Mit anderen Worten: Es müssen dringend neue Steuern und Abgaben „erfunden“ werden. Wir machen da mal einen konkreten Vorschlag: Wie wäre es denn bspw. mit einer Atemluftbesteuerung?

## **Morningstar analysiert Nachhaltigkeit von Fonds**

Die Ratingagentur Morningstar hat eine erste Auswertung vorgestellt, wie viele Fonds die Anbieter nach der Transparenzverordnung als nachhaltig eingestuft haben. Interessant sind dabei vor allem die Artikel 8 und 9 der EU-Offenlegungsverordnung. Artikel 8 bezeichnet „hellgrüne“ Sondervermögen, die Umwelt- oder soziale Kriterien im Investmentprozess berücksichtigen. Artikel 9 ist „dunkelgrünen“ Fonds vorbehalten, die explizite Nachhaltigkeitsziele verfolgen. Die Analysten von Morningstar hatten 5.695 offene Publikumsfonds und ETFs aus Luxemburg ausgewertet. Danach wurden 18% dieser Fonds gemäß Artikel 8 klassifiziert und 3,6% nach Artikel 9. Bezogen auf das verwaltete Vermögen sind das etwa 25%. Hochgerechnet auf den gesamten europäischen Markt, würden Nachhaltigkeitsfonds ca. 2,5 Billionen Euro verwalten. „Wir erwarten, dass diese Zahl in den kommenden Monaten weiter steigen wird, weil Asset Manager ihre Strategien erweitern, Fonds umklassifizieren und neue Produkte auflegen, die Artikel 8 oder 9 erfüllen“, erklärten die Autoren der Studie Hortense Bioy, Elizabeth Stuart und Andy Pettit.

## **FONDS professionell warnt vor falschem Eindruck**

Bernd Mikosch, Chefredakteur von FONDS professionell, warnt vor falschen Schlüssen, die aus den Transparenzpflichten für ESG-Fonds gezogen werden könnten. Seit Mitte März müssen Fondsanbieter darlegen, wie sie mit dem Thema Nachhaltigkeit umgehen. Eine solche Transparenz ist schon deshalb sinnvoll und erforderlich, um sog. Greenwashing erkennen zu können. Die neue Transparenzverordnung hat mit den Artikel 8- und Artikel 9-Fonds (siehe auch Meldung weiter oben) quasi neue Produktkategorien geschaffen. Einige Anbieter werben nun damit, wie viele Artikel 8- bzw. Artikel-9-Fonds sie bereits anbieten. Dabei könnte der Eindruck entstehen, es handelte sich um ein Qualitätssiegel der EU. Doch das ist nicht der Fall, denn die Anbieter stufen ihre Fonds selbst ein. Außerdem sind damit keinerlei qualitative Vorgaben verbunden. Ein entsprechender Fonds darf beispielsweise weiterhin in Unternehmen investieren, die Kohlendioxid ausstoßen. Er muss diese Emissionen nur ausweisen.

Mikosch sagte dazu ganz deutlich: „Es geht um Offenlegung, nicht um ein Urteil über ökologisch oder ethisch korrekte Investments.“

## **Morningstar untersucht Fondsanbieter**

Parallel zu der o. g. Untersuchung hat Morningstar 30 Anbieter näher untersucht und ist dabei zu großen Unterschieden gekommen. So kommen die französischen Asset Manager Amundi und BNP Paribas auf 529 bzw. 310 Fonds nach Artikel 8 oder 9. Weltmarktführer Blackrock, der sich in der Öffentlichkeit besonders gerne mit Nachhaltigkeit brüstet, hingegen nur auf 103 klassifizierte Produkte. Noch magerer sieht es bei den Asset-Management-Sparten von UBS und J.P. Morgan aus. Hier zählte Morningstar lediglich 54 bzw. 10 Fonds, die die Klassifizierung in die Kategorie 8 oder 9 rechtfertigen.

## **Bundesrechnungshof kritisiert Energiewende-Management**

Der Bundesrechnungshof hat kürzlich das Energiewende-Management des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi) heftig kritisiert. Er hat angemahnt, das Monitoring bei der Versorgungssicherheit am Strommarkt, der Versorgungszuverlässigkeit und Systemsicherheit zu vervollständigen. Wörtlich heißt es: „Dazu gehören insbesondere die Pläne zur Vermeidung von Netzengpässen und zur Wasserstoffgewinnung sowie der Kohleausstieg.“ Nur so könnten realen Gefahren für die Versorgungssicherheit vorgebeugt werden. Zudem habe das Ministerium immer noch nicht festgelegt, was es unter einer preisgünstigen und effizienten Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität versteht. Es klingt wie eine schallende Ohrfeige für das BMWi: „Ohne eine durchgreifende Preisbestandteils-Reform bestehe das Risiko, die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und die Akzeptanz für die Energiewende zu verlieren.“ Ganz offensichtlich gehört also zu einer dauerhaft tragfähigen Energiewende doch etwas mehr, als nur Verbote von fossilen Brennstoffen. Allerdings überbieten sich neben der Regierung auch die übrigen Parteien nicht gerade mit konstruktiven Vorschlägen im Hinblick auf die Versorgungssicherheit und ein stabiles, wettbewerbsfähiges Preisniveau für Strom und Energie. Dieses „Nach-mir-die-Sintflut-Denken“ ist sicher alles andere als nachhaltig.

## **Deka nimmt Impact-Rechner vom Netz**

Die Dekabank hat ihren umstrittenen Impact-Rechner vom Netz genommen (siehe auch BINL news 2/2021). Die Verbraucherzentrale Baden-Württemberg hatte die Bank im Februar wegen

irreführender Werbung abgemahnt. Mit einem Online-Tool wolle die Dekabank die positiven Nachhaltigkeitswirkungen ihres Publikumsfonds Deka Nachhaltigkeit Impact Aktien nachweisen. Wer 10.000 Euro investiere, helfe dabei, 6,71 Tonnen Abfall einzusparen oder 42.837 Liter Wasser aufzubereiten, lauteten bspw. die Werbebotschaften. Zunächst sucht die Dekabank das Gespräch mit den Verbraucherschützern, was diese jedoch ablehnten. Kurz vor dem geplanten Prozess vor dem Landgericht Frankfurt wurden dann die Unterlassungsansprüche vollumfänglich anerkannt. Niels Nauhauser, zuständiger Abteilungsleiter der Verbraucherzentrale, hält die Argumentation mit Impact Investing grundsätzlich für schwierig: „Wenn in ein Unternehmen investiert wird, das beispielsweise im Verhältnis zu anderen Unternehmen weniger Müll produziert, kann noch keine Rede davon sein, dass diese Differenz dann eingesparter Müll sei. Erst recht wird diese Einsparung nicht durch den Kauf der Aktien des Unternehmens verursacht“

## IMPRESSUM

BINL news 3 / 2021

Herausgeber:

Branchen-Initiative Nachhaltigkeit in der Lebensversicherung

**infinma** Institut für Finanz-Markt-Analyse GmbH | Max-Planck-Str. 37A | 50858 Köln

Tel.: 0 22 34 – 9 33 69 – 0 | Fax: 0 22 34 – 9 33 69 – 79 | E-Mail: [info@infinma.de](mailto:info@infinma.de)

Redaktion: Marc C. Glissmann, Dr. Jörg Schulz

Bildquellen: Photo by Sigmund on [Unsplash](#)

Aufgrund der besonderen Dynamik der behandelten Themen übernimmt die Redaktion keine Gewährleistung für die Richtigkeit, Aktualität und Eignung der Informationen. Infinma haftet nicht für eine unsachgemäße Weiterverwendung der Informationen. Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

## Abschlussbericht des Sustainable-Finance-Beirats

Im Juni 2019 wurde der Sustainable-Finance-Beirat ins Leben gerufen. Seitdem arbeiteten 38 Mitglieder aus der Finanz- und Realwirtschaft, der Zivilgesellschaft und Wissenschaft an der Erstellung eines entsprechenden Berichts. Kürzlich wurde das über 130 Seiten starke Dokument vorgestellt.

Gerald Podobnik, Finanzvorstand der Unternehmensbank, hob vor allem die Einigung auf eine nachhaltige Berichterstattung hervor. Er weist darauf hin, dass derzeit weder Einheitlichkeit noch die Verpflichtung dazu bestehe, ökologische oder soziale Kriterien in der Berichterstattung zu berücksichtigen. Dementsprechend beziehen sich alleine 9 von insgesamt 31 Empfehlungen des Beirats auf das ESG-Reporting. Die Empfehlungen des Beirats sollen ab dem Geschäftsjahr 2022 umgesetzt werden und alle Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeiter betreffen, unabhängig von ihrer Finanzierungsform. Ein zentrales Problem sei die unzureichende Verfügbarkeit von Daten. Es gebe viele qualitative Metriken für die ESG-Berichterstattung, aber zu wenige quantitative Kennzahlen zur Messung von Nachhaltigkeit. Auch vor dem Hintergrund dieser Aussage ist es schon erstaunlich mit welcher Nonchalance derzeit die unterschiedlichsten Akteure versuchen, Nachhaltigkeitsratings für die unterschiedlichsten Branchen zu entwickeln und etablieren zu wollen. Der Beirat selber schlägt sog. Key Performance Indicators (KPI) vor, mit denen ESG-Faktoren besser verglichen werden können. Zur Messung der Gesundheit von Mitarbeitern könnte man bspw. die Anzahl an Unfällen am Arbeitsplatz heranziehen. Dem Beirat zu Folge sollte die KPI für Unternehmen in allen Branchen gleichermaßen gelten, auch wenn in dem Bericht festgestellt wird, dass die Kriterien nicht immer die gleiche Bedeutung haben und je nach Geschäftsmodell der Unternehmen variieren könnten.

Obwohl in der öffentlichen Wahrnehmung ein breites Einverständnis über die Bedeutung von Nachhaltigkeit zu bestehen scheint, könnte es bei der praktischen Umsetzung der Empfehlungen durchaus Probleme geben. Vom Ziel, dass die Finanzbranche nachhaltiger werden müsse, sei er überzeugt, sagte bspw. der Vorsitzende des Verbandes der Sparda-Banken, Florian Rentsch. Gleichzeitig warnte er jedoch vor zu strengen Vorgaben und macht sich für eine Selbstverpflichtung der Branche stark. Es drohe die Gefahr, dass man im Beirat schnell Fakten schaffen und zu stark in regulatorische Vorgaben gehen wolle. Diese Argumentation ist nur bedingt nachvollziehbar. Man schreibt sich zwar gerne Nachhaltigkeit auf die Fahne, auf konkrete, messbare Vorgaben im Sinne der Regulatorik möchte man aber lieber verzichten.

## Finance for Future

Der Vermögensverwalter Portfolio Concept hat sich kürzlich in einer Finanzkolumne mit dem Thema Nachhaltigkeit beschäftigt. Einleitend weisen die Autoren darauf hin, dass Ökologie und Nachhaltigkeit in der Finanzindustrie schon lange ein Thema ist. Auch die 17 ESG-Kriterien wurden von der UN ja schon im Jahre 2015 verabschiedet. Vor allem Schüler und Studenten protestieren hingegen unter dem Label der Protestbewegung Fridays for Future erst seit dem Frühjahr 2019 für möglichst umfassende, schnelle und effiziente Klimaschutz-Maßnahmen. Gerade die jüngeren Anleger sind es, die bei der Geldanlage vermehrt auf Nachhaltigkeit setzen bzw. diese nachfragen. Um die Bemühungen der Finanzindustrie etwas „hipper“ darstellen zu können wird der Slogan Finance for Future vorgeschlagen.

Sie weisen darauf hin, dass Nachhaltigkeit und wirtschaftlicher Erfolg keine Gegensätze sind. Zahlreiche Studien der vergangenen Jahre hätten gezeigt, dass sich mit nachhaltigen Investments sogar überdurchschnittliche Gewinne erzielen ließen. Nachhaltige Unternehmen agierten häufiger in zukunftssträchtigen Branchen und litten weniger unter Reputationsrisiken, die bei umweltschädlichen, unsozialen sowie schlecht geführten Unternehmen auftreten könnten.

Zudem sei ein deutliches Wachstum bei der Anzahl nachhaltiger Fonds zu verzeichnen. Auch das Angebot an nachhaltigen Anleihen sei breiter geworden. Im Zusammenhang mit dem sog. Greenwashing erklären die Autoren die Problematik des Best-In-Class-Ansatzes. Damit würde eine bestimmte Anzahl besonders nachhaltiger Unternehmen einer Branche herausgefiltert, unabhängig davon, wie nachhaltig die Branche selber überhaupt ist oder sein kann. Man denke dabei etwa an die Ölindustrie. Vor allem bei ETFs sei es häufig mit der Nachhaltigkeit nicht weit her. In angeblich grünen ETFs könne man auch Aktien von KohleKonzernen, Ölmultis, Fluglinien oder Kreuzfahrtanbieter finden. Da die EU bisher nur grobe Vorgaben zur Taxonomie gemacht hat, haben Ratingagenturen verschiedene Ansätze mit unterschiedlichen Schwerpunkten entwickelt: „Erste Untersuchungen haben gezeigt, dass die ESG-Ratings verschiedener Anbieter teilweise deutlich voneinander abweichen.“

Gerade auch die Politik forciert den Wandel hin zu mehr Nachhaltigkeit. So hat der neue US-Präsident Joe Biden angekündigt, bis zu 2 Billionen Dollar in ein nationales Klimaschutz-Programm investieren zu wollen. Dementsprechend erleben viele „grüne“ Aktien derzeit einen Höhenflug. So kommt Portfolio Concept zu dem Fazit: „Der neue „Green Deal“ könnte einen langanhaltenden Wachstumsschub an den Aktienmärkten auslösen. Anleger sollten diesen Trend für sich und ihr Geld nutzen. Finance für Future heißt das Motto.“



## Klimaschutz: Wenn Ideologie die Umwelt zerstört

Das Thema Klimaschutz ist nicht zuletzt aufgrund eines aktuellen Urteils des Bundesverfassungsgerichts derzeit – mal wieder – in aller Munde. Scheinbar wird dem Primat des Klimaschutzes alles andere untergeordnet – ohne Rücksicht auf Verluste. Am Beispiel der Energiewende lässt sich zeigen, dass eine solche Vorgehensweise dramatische Folgen haben kann.

Um die CO<sub>2</sub>-Emission zu reduzieren sollen früher oder später nur noch „grüne“ Elektrofahrzeuge durch digital vernetzte „smart cities“ fahren. Deren Batteriespeicher sind jedoch alles anders als nachhaltig, bspw. im Hinblick auf die Umwelt- und Sozialverträglichkeit. In der Öffentlichkeit wird jedoch viel zu selten thematisiert, dass die Verbreitung der E-Mobilität dem Globalen Süden neue und zwar massive ökologische und soziale Probleme bereitet.

In diesem Zusammenhang haben vor allem die Metalle Lithium und Kobalt an wirtschaftlicher Bedeutung gewonnen, hinzu kommen noch Graphit und Nickel; allesamt Rohstoffe, die nicht nachwachsen. Die Organisation Agora Verkehrswende kam zusammen mit dem Öko-Institut in einer Studie zu dem Ergebnis, dass im Jahr 2030 für die Elektromobilität zusätzlich 260.000 Tonnen Kobalt, 160.000 Tonnen Lithium, 830.000 Tonnen Nickel und 1,4 Millionen Tonnen Graphit benötigt werden.

So verfügt die Demokratische Republik Kongo derzeit mit etwa 48% über die größten bekannten Kobaltreserven der Welt. Bereits seit Jahren sind rund um die Bergbauregionen im Osten des Landes kriegsähnliche Zustände zu beobachten. So formulierte die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) sehr zurückhaltend: „Die Kupfer-Kobalt-Förderung in der DR Kongo steht weiterhin im Fokus der internationalen Aufmerksamkeit, einerseits bezüglich der Kobaltversorgung der Industrie (beispielsweise E-Mobilität), andererseits bezüglich der Risiken der Sorgfaltspflicht in der Kobaltlieferkette (Nachverfolgbarkeit, Kinderarbeit).“ Während die Kinderarbeit bei der Gewinnung von Kobalt immer wieder mal thematisiert wurde, dürfte es in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt sein, dass regelmäßig ganze Dörfer und Gemeinden zwangsumgesiedelt werden, um Platz für neue Minen zu schaffen.

Neben dem Kobalt-Anteil von etwa 20% in einer Lithium-Ionen-Batterie ist das Leichtmetall Lithium ein weiterer unverzichtbarer Bestandteil in der Produktion. Die bislang größten bekannten Vorkommen von Lithium befinden sich im Boden des Dreiländerecks Bolivien, Chile und Argentinien. Aufladbare Lithium-Ionen-Batterien finden sich nicht nur in E-Bikes, E-Scootern und E-Autos sondern auch in Handys, Tablets und PCs.

Mehr als ein Viertel der o. g. Lithium-Reserven sollen sich in der chilenischen Atacama-Wüste befinden, die als trockenste Wüste der Welt gilt. Die drei Salzseen der Atacama-Wüste bilden

ein riesiges Lithium-Reservoir. Für die Gewinnung einer Tonne Lithiumsalz werden ca. zwei Millionen Liter Wasser benötigt. Dadurch sinkt rund um die Atacama-Wüste der Grundwasserspiegel immer weiter und ganze Flussläufe sind bereits ausgetrocknet. Daher sehen die indigenen Bewohner aufgrund der mit dem Abbau einhergehenden Wasserverknappung ihre Lebensgrundlage bedroht.

Auch die Gewinnung von Kupfer erfordert einen immensen Verbrauch von Wasser und der beim Abbau entstehende Staub enthält obendrein toxische Schwermetalle. Somit ist das ohnehin schon knappe Wasser auch noch verseucht. Dazu stellte die Wirtschaftswoche im Jahre 2018 fest: „Ökologisches Kupfer ist eine fast unmögliche Mission.“ Das Umweltnetz Schweiz erklärte: „Die Minen im Tagebau hinterlassen tiefe Wunden in der Landschaft, der Abraum hinterlässt riesige Berge, der große Wasserverbrauch führt zu Wasserverknappung in der Region und bei der Verhüttung entstehen hochgiftige Toxine (insbesondere Schwefeldioxid).“

Ein weiteres Beispiel ist der Abbau des Minerals Graphit in China. Der Entwicklungsfonds Seltene Erden wies darauf hin: „In China wird ein relativ kostengünstiges Verfahren angewendet, das aber für Umwelt, Gesundheit und Sicherheit der Arbeiter katastrophal ist. Die steigende Nachfrage nach Elektrofahrzeugen könnte diese schmutzige Produktionsweise jedoch aufgrund fehlender Alternativen verlängern.“

Während auch die Bundesregierung die Energie- und Verkehrswende im Hinblick auf die gewünschte Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen für alternativlos hält, scheint sie keinerlei Mitverantwortung für die Schäden an Umwelt und Gesellschaft in den Förderländern zu erkennen. Die Rohstoffe würden ja „nicht in Deutschland, sondern auf Hoheitsgebieten anderer Länder abgebaut“ In der Antwort auf eine kleine Anfrage von FDP-Abgeordneten liess die Bundesregierung lapidar verlauten: „Die Bundesregierung unterstützt betroffene Länder bei der Vermeidung von Umweltschäden, z. B. im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit.“

Die o. g. Ausführungen machen sehr deutlich, dass es an der Zeit ist, dass sich die Verfechter eines wie auch immer gearteten „Green Deals“ endlich darüber im Klaren werden, dass Nachhaltigkeit eben doch weit mehr ist als Klimaschutz und CO<sub>2</sub>-Reduzierung ist. Eine deutsche Energie- und Verkehrswende kann möglicherweise dazu beitragen, in Deutschland und Europa bestimmte CO<sub>2</sub>-Ziele zu erreichen. Dies geht jedoch derzeit zu Lasten vieler Länder auf der südlichen Erdhalbkugel. Insofern wird ein Problem zwar gemindert, aber gleichzeitig entstehen an anderer Stelle neue Probleme. In einem Internet-Portal konnte man kürzlich dazu folgenden Satz lesen: „Dafür, dass auf der Nordhalbkugel schicke E-Autos die Straßen bevölkern, drohen dem Globalen Süden neue und zwar massive ökologische und soziale Probleme.“ Nachhaltig ist das nicht.

## ESG Ecke:

### Grüner Wasserstoff – Was steckt dahinter?

Mit dem Klimaschutzprogramm 2030 schafft die Bundesregierung den Rahmen für das Erreichen des deutschen Klimaziels für das Jahr 2030: 65 % weniger Treibhausgase verglichen mit dem Jahr 1990 lautet die Maßgabe. Dies ist jedoch lediglich als Zwischenziel zu verstehen, da sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union dazu verpflichtet haben, bis spätestens zum Jahr 2050 Treibhausgasneutralität zu erreichen. Zudem ist Deutschland Teil des Pariser Klimaabkommens, welches die Begrenzung der Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad zum Ziel hat. Um dies bewirken zu können, ist eine erfolgreiche Energiewende unabdingbar. Der Ausstieg aus fossilen Brennstoffen, der Ausbau erneuerbarer Energien sowie eine Verbesserung der Energieeffizienz stehen hier im Fokus. Wasserstoff, insbesondere grüner Wasserstoff soll in diesem Kontext eine wesentliche Rolle spielen.

Wasserstoff ist nicht gleich Wasserstoff

Man unterscheidet zwischen verschiedenen Arten von Wasserstoff, die sich in ihrer CO<sub>2</sub>-Intensität differenzieren. „Grüner“ Wasserstoff wird durch die Elektrolyse von Wasser hergestellt, wobei dazu ausschließlich Strom aus erneuerbaren Energien zum Einsatz kommt – somit erfolgt die Produktion CO<sub>2</sub>-neutral. Im Produktionsprozess von „blauem“ Wasserstoff wird das entstehende CO<sub>2</sub> in der Erde gespeichert und gelangt folglich nicht in die Atmosphäre. Lediglich die Produktion von „grauem“ Wasserstoff basiert maßgeblich auf der Dampfreformierung von Erdgas und ist daher mit erheblichen CO<sub>2</sub>-Emissionen verbunden.

Warum Wasserstoff? Dieser hat zahlreiche positive Eigenschaften:

- Als Energieträger ist er vielseitig einsetzbar: beispielsweise im Rahmen der Mobilität - hier kann dieser in Brennstoffzellen verarbeitet werden, aber auch in der Zukunft als Basis für synthetischen Kraftstoff dienen.
- Fungiert als Energiespeicher, der erneuerbare Energien speichern kann und mit dessen Hilfe eine bedarfsgerechte Versorgung von Verbrauchern möglich ist
- Nimmt eine wichtige Rolle im Rahmen der Sektorenkopplung ein: kann Strom aus erneuerbaren Energien nicht unmittelbar genutzt werden, bietet grüner Wasserstoff die Möglichkeit, neue Wege der Dekarbonisierung zu beschreiten – zudem bleiben essenzielle nachhaltige Ressourcen nicht ungenutzt.

- Ist für viele chemische und industrielle Prozesse wesentlich, da dieser als Grundstoff benötigt wird. Aktuell wird hier herkömmlicher „grauer“ Wasserstoff verwendet, welcher jedoch zukünftig durch grünen Wasserstoff ersetzt werden soll.
- Kann spezielle industrielle CO<sub>2</sub>-Quellen langfristig dekarbonisieren. In bestimmten Bereichen ist dies nur durch Wasserstoff möglich, so beispielsweise in der Stahl- und Zementindustrie. Abgefangenen CO<sub>2</sub>-Emissionen können hier mit dessen Hilfe in nutzbare Grundstoffe umgewandelt werden.

## Die Nationale Wasserstoffstrategie

Mit der Nationalen Wasserstoffstrategie (NWS) will die Bundesregierung sicherstellen, dass die vielen Potenziale, die grüner Wasserstoff birgt, zum Erreichen der Klimaziele beitragen werden. Hierzu schafft sie einen Handlungsrahmen, der sich auf die folgenden Faktoren bezieht: zukünftige Erzeugung, Transport, Nutzung/Weiterverwendung, Innovationen sowie Investitionen.

Aktuell ist die Nutzung von Wasserstoff noch nicht wirtschaftlich. Viele fossile Energieträger sind deutlich günstiger, da deren CO<sub>2</sub>-Emissionen bislang unzureichend im Preis reflektiert sind. Kostendegressionen von Wasserstofftechnologien müssen deshalb schnellstmöglich erreicht werden. Ferner müssen ausreichend Kapazitäten für die Produktionen von Wasserstoff geschaffen werden, nur so ist es möglich erste Anwendungsbereiche entsprechend umzustellen. Fokussiert werden zunächst Bereiche in denen der Einsatz von Wasserstoff nahe an der Wirtschaftlichkeit ist sowie Bereiche, in denen die Verwendung von Wasserstoff die einzige Möglichkeit zur Dekarbonisierung darstellt. Die Bundesregierung plant daher umfangreiche Subventionen, aber auch Investitionen in nachhaltige Wasserstofftechnologien sollen möglich gemacht und attraktiv gestaltet werden.

Mit dem Aktionsplan der NWS wird das Fundament für private Investitionen in die wirtschaftliche und nachhaltige Erzeugung, den Transport und die Nutzung von Wasserstoff geschaffen. Der Aktionsplan umfasst insgesamt 38 Maßnahmen, die während der „Markthochlaufphase“ ergriffen werden. Hierbei sind die folgenden Bereiche aus Investorensicht interessant:

- Maßnahme 4: Mögliche zusätzliche Abschreibungen für die Erzeugung von erneuerbaren Energien.
- Maßnahme 5: Es ist beabsichtigt Anreize bei der Umsetzung der „EU Erneuerbare Energie-Richtlinie“ derart zu gestalten, dass grüner Wasserstoff schnellstmöglich ein relevanter Faktor für die Kraftstoffproduktion wird. Aus diesem Grund ist geplant, Investitionen in Elektrolyseanlagen zu fördern.

- Maßnahme 6: Der Markthochlauf wird durch Förderprogramme begleitet, in deren Rahmen folgende Mittel bis 2023 zur Verfügung stehen: 2,1 Mrd. Euro zum Kauf elektrisch betriebener Fahrzeuge, 0,9 Mrd. Euro zum Kauf von Nutzfahrzeugen mit alternativen, klimaschonenden Antrieben und 0,6 Mrd. Euro für Busse mit alternativen Antrieben.
- Maßnahme 14: Industrieunternehmen werden Fördergelder über die Fonds/Programme „Dekarbonisierung der Industrie“, „Wasserstoffeinsatz in der Industrieproduktion“ sowie „CO2-Vermeidung in der Grundstoffindustrie“ zur Verfügung gestellt.
- Maßnahme 15: Der Betrieb von Elektrolyseanlagen wird in der Stahl- und Chemieindustrie durch das Pilotprojekt „Carbon Contracts for Difference“ subventioniert werden.

Um langfristig private Mittel in Wasserstoffinvestitionen zu lenken, wird es essenziell sein, einen funktionierenden Markt für Wasserstoff zu schaffen. Entscheidend für die Attraktivität eines solchen Investments werden neben der Rendite vor allem dessen Sicherheit und Planbarkeit der Cashflows sein. Daher sollen staatliche Subventionen in Form von Preisgarantien sowie Abnahmegarantien eingesetzt werden. Diese werden u.a. durch das Förderkonzept „H2Global“ umgesetzt, welches insbesondere die Produktion von grünem Wasserstoff im Ausland und den Import nach Deutschland zum Ziel hat.

Weiterführende Informationen finden Sie unter:

[Die Nationale Wasserstoffstrategie](#)

[Klimaschutzprogramm 2030](#)

Co-Autor dieses Beitrags ist Frank Sibert, Head of Sustainable Business Germany, BNP Paribas S.A. Niederlassung Deutschland

Mit den besten Grüßen, Ihr Christian Eck

Kontaktieren Sie uns: <mailto:branchen-initiative@bnpparibas.com>

[www.branchen-initiative.de/kapitalanlage](http://www.branchen-initiative.de/kapitalanlage)

Die Inhalte basieren auf der persönlichen Sicht des Autors